

# **Antrag: Leitantrag Landesmitgliederversammlung 2021 – Ein Saarland für ALLE**

Antragssteller: LSp\*R

## **Ein Saarland für ALLE – Präambel:**

Die Linksjugend [‘solid] Saar ist ein sozialistischer, antifaschistischer, basisdemokratischer, feministischer und ökologischer Jugendverband. Wir greifen in die gesellschaftlichen Verhältnisse ein und sind eine Plattform für antikapitalistische und emanzipatorische Politik. Für uns alle steht fest: Politik im Saarland geht auch anders! Die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen im Saarland sind durch Jahrzehnte andauerndes mal abwechselndes mal gemeinsames Regieren von CDU und SPD erstarrt und erscheinen nicht zukunftsfähig. 10 Jahre große Koalition haben das Saarland kaputt gespart. Für viele Menschen im Saarland bedeutet Leben im Saarland Armut und Gefahr von Jobverlust und Armut. Das Saarland ist nach wie vor kein Ort, wo man überall ohne Angst verschieden sein kann. Anstatt sich den sozialen, gesellschaftlichen und ökonomischen Problemen von Grund auf, also in einer sozialistischen Perspektive, zu stellen, betreibt die Politik die Verwaltung des Elends. Deshalb wollen wir als Linksjugend anhand von 5 zentralen Themenkomplexen in den kommenden Jahren aufzeigen, wie wir eine soziale und zukunftsorientierte Politik gerade für junge Menschen im Saarland verwirklichen können und wie wir zumindest in unserem kleinen Bundesland einen nicht ganz so kleinen Schritt gehen können in Richtung einer Überwindung von Kapitalismus und Patriarchat, also gerade der gesellschaftlichen Grundstrukturen, die immer aufs Neue Ungleichheit, Unterdrückung und Leid verursachen. Kämpft mit uns für ein Saarland, dass wirklich für ALLE ist!

## **1. Gute Bildung für ALLE**

### **1.1 Eine Schule für ALLE**

Es ist erwiesen, dass das mehrgliedrige Schulsystem dazu beiträgt, die soziale Ungleichheit unserer Gesellschaft aufrecht zu erhalten. Wir wollen das mehrgliedrige Schulsystem deshalb durch eine Schule für Alle ersetzen. Gymnasium und Förderschule entfallen als eigenständige Schulformen. Das heißt nicht, dass einfach alle „gleich gemacht“ werden sollen und alle über ein Kerncurriculum hinaus dasselbe auf dem selben Niveau lernen müssen. Es gilt: Individuelle Förderung statt Aussortieren! Fächer können auch in einer Schule in unterschiedlichen Niveaus angeboten werden, auch lassen sich in einer Schule mehrere Schulabschlüsse machen. Welchen Schulabschluss man anstrebt, muss aber nicht nach der vierten Klasse entschieden werden. Schüler:innen können länger gemeinsam lernen und werden nicht aus ihrem sozialen Umfeld gerissen. Wenn wir die Mehrgliedrigkeit ablegen, können wir endlich alle Schulen gleich stark finanziell fördern, damit der Schulabschluss endlich nicht mehr abhängig vom Einkommen der Eltern ist. Mit dem Gymnasium würden wir auch G8 abschaffen, dass Abitur soll flächendeckend erst nach 13 Schuljahren abgelegt werden. Die neue Schule für Alle soll dabei auch inklusiv sein und soziales Engagement fördern. Inklusivität bedeutet dabei auch, dass alle Schulgebäude schnellstmöglich barrierefrei zu gestalten sind, was auch für alle öffentlichen Institutionen gilt. Außerdem soll ein polytechnischer Unterricht für alle bis zur 10. Klassenstufe eingeführt werden, in welchem alle Schüler:innen die Grundlagen von Datenverarbeitung,

Medienkompetenz und privater Haushaltsführung erlernen können und die Möglichkeit bekommen, verschiedene Zweige der Produktion und Arbeitssparten kennen zu lernen, um auch der Praxis einen festen Platz zu geben. Außerdem sollen Schüler:innen im geltenden Arbeitsrecht geschult werden. Auch die Themen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und der Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und andere Ideologien der Ungleichheit sind dauerhaft fest in die Lehrpläne mit aufzunehmen.

## **1.2 Eine Uni für ALLE**

Der Sparkurs an Uni und Hochschulen muss endlich enden! Wir fordern eine deutliche Ausgabensteigerung um das saarländische Hochschulsystem perspektivisch in seiner Vielfalt zu erhalten. Dabei sollen alle Fachrichtungen gleichberechtigt gefördert werden, die besonders unter dem Sparkurs leidenden geisteswissenschaftlichen Fächer sind zu erhalten und auszuweiten. Die Europäisierung und Internationalisierung der Hochschulen ist weiter voranzutreiben, dafür müssen beispielsweise auch in Zukunft eine Vielzahl von Sprachkursen kostenlos angeboten werden. Die finanzielle Belastung der Studierenden muss zudem dringend gesenkt werden. Deshalb soll die Verwaltungsgebühr wieder abgeschafft werden, die Kosten der Hochschulverwaltung sind eine öffentliche Aufgabe und sollten deshalb auch nur aus öffentlichen Geldern finanziert werden. Eine Förderung nach Bafög soll unabhängig des Einkommens der Erziehungsberechtigten und ohne hohe bürokratischen Hemmnisse möglich sein.

## **1.3 Unabhängige Bildung für ALLE**

Es gibt viele Dinge, welche in die Schule gehören. Wir sind uns aber einig: Das Militär, konfessionelle Religion und private Unternehmens-Interessen gehören nicht dazu! Kein Werben für das Sterben: Wir fordern deshalb ein Werbeverbot für die Bundeswehr im Saarland. Der konfessionelle Religionsunterricht egal ob christlich oder muslimisch soll durch einen wissenschaftlich fundierten Ethikunterricht ersetzt werden. Außerdem wollen wir ein Verbot von Lernmaterialien, welche von Privatunternehmen ausgearbeitet und finanziert werden. Im Hochschulwesen müssen wir die aus der Privatwirtschaft stammenden Drittmittel möglichst abschaffen. Unabhängige Forschung, Wissenschaft und Lehre kann nicht von der Kohle der Konzerne abhängen! Außerdem fordern wir eine Zivilklausel für die saarländischen Hochschulen, da wir Forschung für Militär und Geheimdienste ablehnen.

## **2. Gute Arbeit und Ausbildung für ALLE**

### **2.1 Ausbildungsplätze für ALLE**

Ausbildung muss sich lohnen und jeder:m zustehen! Eine Ausbildung ist für die meisten jungen Menschen die absolute Grundlage für ein existenzsicherndes Leben. Wir kämpfen für eine Ausbildungsplatzgarantie im Saarland. Niemand soll nach seinem Schulabschluss länger als 12 Monate ohne Ausbildungsplatz sein. Um die Garantie umzusetzen, müssen auch die Unternehmen in die Pflicht genommen werden. Wer nicht ausbilden will, soll zahlen! Und: Armut trotz Ausbildung geht gar nicht! Es müssen alle von ihrer Ausbildung leben können. Deshalb fordern wir eine Mindestausbildungsvergütung von 1200 Euro brutto im ersten und 1500 Euro brutto im dritten Ausbildungsjahr. Eine Übernahme nach der Ausbildung ist zu gewährleisten und ggf. durch die zuständige Kammer zu organisieren. Weiterbildungsmaßnahmen soll der Arbeitgeber selbst bezahlen müssen, die Kosten für den Meister müssen erheblich gesenkt werden. Außerdem sind die Jugend-

vertreter:innen in den Betrieben mit mehr Mitentscheidungsmöglichkeiten auszustatten. Existenzsichernde Löhne müssen her, Armut endlich abschaffen! Das Saarland ist ein Billig-Lohn-Land in einem Billig-Lohn-Land. Beim durchschnittlichen Einkommen ist es im Ländervergleich ganz hinten, im Niedriglohnsektor und der Armutsgefährdung dagegen vorne. Darum muss der Mindestlohn deutlich rauf: Wir können direkt im Saarland den Mindestlohn für öffentliche Aufträge auf 15 Euro erhöhen und uns zudem auf der Bundesebene für eine deutliche Erhöhung einsetzen. Das allein reicht natürlich nicht: Sachgrundlose Befristung muss endlich verboten werden, Leih- und Zeitarbeit gehört mittelfristig abgeschafft. Wir müssen ein armutsfestes Saarland schaffen, wozu eine Abschaffung der Hartz4-Sanktionen und schnelle und unbürokratische Hilfen auf Landesebene für armutsgefährdete Menschen zählen. Wer das bezahlen soll? Für uns gilt da: Wer hat, der gibt! Das Saarland muss deshalb eine Initiative für eine Vermögenssteuer und eine Vermögensabgabe im Bundesrat initiieren, sowie die Einführung von Vermögenssteuern und Vermögensabgaben auf Landesebene anstreben.

Auch nach der Schulzeit oder dem Studium muss die Möglichkeit der Weiterbildung gewährleistet werden daher ist das Angebot an VHS (Volkshochschulen) auszubauen und zu sichern. Darüber hinaus fordern wir eine Überarbeitung des saarländischen Bildungsfreistellungsgesetzts. Wir empfinden es als Unding, dass Arbeitnehmer:innen für berufliche oder politische Weiterbildungen ab dem dritten Tage anteilmäßig z.B. ihren Urlaub opfern müssen. Eine Freistellung von 6 Tagen sollte auch ohne Einbringung von arbeitsfreier Zeit durch Arbeitnehmer:innen möglich sein!

## **2.2 Das Saarland den Menschen zurückgeben**

Nahezu alle Lebensbereiche, egal ob es um unsere Arbeit, unsere Gesundheit oder nur das Dach über dem Kopf geht, dienen der auf Profitmaximierung ausgerichteten Privatwirtschaft. Davon müssen wir dringend weg. Ein bisschen Kapitalismus abschaffen geht auch im Saarland! Wir fordern eine umfassende Initiative alle zentralen Lebensbereiche wieder zurück in die öffentliche Hand zu überführen. Beginnen würden wir hierbei bei den saarländischen Kliniken. Sie gehören schnellstmöglich alle zurück in die öffentliche Hand, weg von den Kirchen und Konzernen. Das Fallpauschalen-System gehört umgehend abgeschafft. Gesundheit ist keine Ware! Dann wollen wir das Grundrecht auf Wohnen wieder real garantieren: Dafür sollen alle privaten Immobilienkonzerne mit über 1000 Wohnungen enteignet werden und der soziale Wohnungsbau wieder massiv gefördert werden. 5000 bezahlbare Wohnungen in 5 Jahren sind ein vernünftiges Ziel. Ebenso müssen wir die Industrie in den Blick nehmen: Halberg-Guss hätte gerettet werden können! Wir fordern langfristig die vollständige Rückführung aller Schlüsselbetriebe im Saarland in die öffentliche Hand, wo dies der Sicherung von Arbeitsplätzen und dem Wohl der saarländischen Bevölkerung dient, gemäß Artikel 52 der saarländischen Landesverfassung. Zudem müssen passende Maßnahmen gefunden werden, die saarländische Produktion vor den Verwerfungen der globalen kapitalistischen Entwicklungen und Krisen im ausschließlichen Sinne der Belegschaften zu schützen, wofür auch die innerbetriebliche Demokratie maßgeblich erweitert werden soll.

Darüber hinaus muss alles daran gesetzt werden, bereits bestehende Arbeitsplätze zu sichern. Als Beispiel sei hier die Transformation der klassischen saarländischen Industriezweige zu nennen: die Automobilindustrie und die Stahlindustrie. Aufgrund der wichtigen Abkehr von fossilen Brennstoffen ist mit massiven finanziellen Einbußen zu rechnen und es müssen auch nötige Investitionen getätigt werden. Ein Personalabbau muss dabei

verhindert werden. Notfalls muss von staatlicher Seite mit Steuergeldern eingegriffen werden. Die Rettung der Stahlindustrie in den neunziger Jahren im Saarland kann dabei als Vorbild dienen. Die Eigentumsfrage ist für uns jedoch zentral. Es reicht eben nicht die Industrie wie damals nur in eine Stiftungsform zu überführen, damit die Gewinne im Unternehmen bleiben. Vielmehr müssen wir radikaler denken. Denn die Eigentumsfrage ist die zentrale Frage im Kapitalismus. Deshalb muss bei staatlicher Unterstützung privates Eigentum in Belegschaftseigentum im Sinne der Wirtschaftsdemokratie überführt werden. Die Arbeiter:innen müssen im Besitz ihrer Produktionsmittel sein. Zur Koordination der Förderung soll eine Stabstelle im Wirtschaftsministerium eingerichtet werden. Außerdem sollen die Förderprojekte durch unabhängige Studien wissenschaftlich begleitet werden. Abschließen soll ein Fond zum Erhalt der saarländischen Industrie eingerichtet werden, der in Notlagen die Industrie unterstützt und von eben jener getragen wird.

### **3. Gute Klimapolitik und ÖPNV für ALLE**

#### **3.1 Ein klimaneutrales Saarland für ALLE**

Der menschengemachte Klimawandel wird die soziale und ökonomische Ungleichheit international massiv verschärfen. Schon heute können wir die unmittelbaren Folgen erkennen: Wetterkatastrophen, Hungersnöte, steigende Armut, Flucht und die steigenden Konkurrenzkämpfe um Ressourcen zu Lasten der Schwächeren. Die Uhr tickt: Das Saarland muss bis 2035 klimaneutral werden und nicht erst 2050, wie von der Regierung geplant. An der Einhaltung des 1,5% Ziels führt kein Weg vorbei. Um den Klimawandel und die Erderwärmung effizient aufzuhalten, müssen wir dabei vor allem in den Bereichen einsetzen, die am meisten dazu beitragen. Das ist nicht der Konsum einzelner Individuen. Dazu gehört insbesondere ein möglichst zeitnaher Ausstieg aus der Kohleverstromung im Saarland und der Kampf für eine höhere Besteuerung von Großunternehmen, welche den Hauptanteil an Emissionen produzieren. Erneuerbare Energien im Saarland müssen ausgebaut werden und die Isolierung sowohl von Gebäudealtbeständen als auch Neubauten muss maßgeblich verbessert werden. Des Weiteren ist ein schnellstmöglicher Importstopp von Atomenergie aus Frankreich umzusetzen. Cattenom soll dicht machen! Ein klimaneutrales Leben darf nicht abhängig vom Geldbeutel sein und hierzu gehört die Umstellung auf bezahlbare, ökologische Konsumgüter aus nachhaltiger Produktion für Alle.

#### **3.2 Ein ÖPNV für ALLE**

Der ÖPNV im Saarland ist massiv auszubauen und ticketfrei zu gestalten! Der Bus muss auch auf dem Dorf fahren, und das auch am Wochenende, die Schiene muss wieder enger getaktet werden und alte Bahnstrecken sind wieder zu reaktivieren. Freier Internetzugang im ÖPNV ist zeitnah einzurichten. Erst dann ist der ÖPNV eine echte und zuverlässige Alternative zum Auto. Wir wollen einen umlagenfinanzierten ÖPNV für Alle – sozial und klimafreundlich! Sharing-Konzepte von Transportmitteln sehen wir dabei als zusätzliche Alternative zum herkömmlichen Individualverkehr. Außerdem sind öffentliche Rad- und Fußwege auszubauen und autofreie Innenstadtbereiche auszuweiten.

#### **3.3 Sozial und ökologisch für ALLE**

Richtig grün und richtig sozial sein geht für uns nur zusammen – Den Strukturwandel umfassend sozial absichern, das ist gerade im Industrieland Saarland absolut notwendig. Klar ist, Arbeitsplätze fallen nicht wegen klimafreundlicherer Produktion weg, sondern

aufgrund einer gewollten Steigerung von Profiten und Renditen durch Eigentümer und Aktionäre. Da muss das Saarland ran! Die Industrie ist wieder aus dem privaten Sektor in den Öffentlichen zurückzuführen, dauerhaft gesicherte gute Löhne und Arbeitsplatzgarantien für die Arbeiter:innen gehören her und eine massive öffentliche Investitionsinitiative in den sozial-ökologischen Umbau der Industrie muss kommen. Dafür muss zunächst ein verlässlicher Rahmen für die Fortführung der industriellen Produktion gerade für die Stahlbranche und die Automobilindustrie geschaffen werden. Zeitgleich soll das Saarland schon jetzt einen Rettungsschirm für Industriearbeitsplätze einrichten, um eventuelle soziale Verwerfungen aufzufangen. Dazu gehört auch die für Arbeiter:innen kostenfreie Weiterqualifizierung und Umschulung. Klimaschädliche Subventionen auf Landes- und kommunaler Ebene sollen stufenweise zugunsten von klimafreundlichen abgesetzt werden. Für uns ist auch klar: Der Klimawandel wird nicht durch überhöhte Sprit- und Heizmittelpreise aufgehalten. Gerade im ländlichen Raum sind die Menschen oft auf das Auto angewiesen und viele Gebäude heizen weiterhin mit Öl und Gas. Hier müssen langfristig Maßnahmen wie unser Plan für den ÖPNV und die konsequent klimaneutrale Umrüstung von bestehenden Immobilien sowie Klimaneutralität als Anforderung für alle Neubauten Öl und Gas überflüssig zu machen, anstatt sie nur noch wohlhabenden Menschen zur Verfügung zu stellen. Die EEG-Umlage bei den Energiekosten hat die angeblichen Kosten des Klimaschutzes auf den Verbraucher verlagert. Dies schützt nur die Profite der Energiekonzerne und trägt zusammen mit dem Emissionshandel wenig bis nichts zum Klimaschutz bei. Wir fordern ein Umdenken, damit auch zukünftig Strom, ein warmes Heim sowie eine gesunde Umwelt für alle Menschen möglich ist. Inlandsflüge vom Flughafen Saarbrücken- Ensheim aus können deutlich höher besteuert werden.

#### **4. Antifaschismus und Feminismus für ALLE**

##### **4.1 Konsequenz gegen ALLE Faschisten**

Siamo tutti Antifascisti! Ein konsequenter Einsatz gegen Faschist:innen aller Art, egal ob von AfD, der NPD, freien Kameradschaften, Burschenschaften oder dem Verschwörungs- und Reichsbürger-Milieu, gehört für uns zum politischen Grundverständnis. Antifaschistische Proteste haben unsere volle Unterstützung. Rechte Strukturen und rechter Terror dürfen nicht weiter verharmlost werden, es geht nicht bloß um Einzeltäter! Wir müssen konsequent Antifa-Recherchearbeit fördern und potentielle Gewalttäter:innen aus rechtsradikalen Strukturen und den Sicherheitsbehörden schnellstens ausfindig machen, entwaffnen und zur Anklage bringen. Die Schutz- und Hilfsstrukturen für Opfer von rechter Hetze und Gewalt müssen ausgebaut werden. Zum Antifaschismus gehört auch die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit: Die Verbannung aller Ehrungen von NS-Vorbelasteten aus dem öffentlichen Raum ist endlich zu vollziehen, zudem brauchen wir eine Erinnerungskultur, die den Opfern des Nationalsozialismus würdig ist und den Widerstand aller Strömungen gegen den Nationalsozialismus herausstellt. Weiterhin plädieren wir für eine stärkere Förderung von antifaschistischen Projekten bzw. Aufklärungsprogrammen sowie dem Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus, gerade auch an allen saarländischen Schulen und Hochschulen. Antifaschismus bedeutet für uns ebenso, dass wir allen Gegnern einer wirklich humanen Migrations- und Asylpolitik entgegentreten und uns für eine deutliche Verbesserung der Lebensverhältnisse von geflüchteten Menschen im Saarland einsetzen, wofür der unbürokratische Zugang zu Gesundheitsversorgung ein wichtiger Punkt ist. Außerdem verlangen wir einen sofortigen Abschiebestopp für das Saarland und die Abschaffung der Abschiebeknäste.

## **4.2 Polizei reformieren, Verfassungsschutz abschaffen!**

Beim Kampf gegen rechte Strukturen und Rassismus sind die Polizei und vor allem der Verfassungsschutz oft keine Hilfe, sondern selbst Teil des Problems. Für die Polizei ist deshalb eine umfassende Reform notwendig. Das heißt: Keine militärische Polizeiausrüstung mehr, Abbau der Überwachung in der Öffentlichkeit und im Netz, sowie Einführung einer Kennzeichnungspflicht und die Schaffung einer unabhängigen Beschwerdestelle bei Fällen von Diskriminierung durch Polizist:innen und Polizeigewalt. Rechte Polizei-Netzwerke sind zu zerschlagen! Die Erweiterungen der Befugnisse der Polizei im Rahmen des saarländischen Polizeigesetzes von 2020 sind rückgängig zu machen! Der Verfassungsschutz hat in den vergangenen Jahrzehnten gezeigt, dass er weder fähig war, rechten Terror zu verhindern, nein, durch die Verfassungsschutzbehörden wurden massiv gefährliche Nazi-Strukturen sogar mit aufgebaut. Der Verfassungsschutz hat selbst ein Problem mit Rechten in den eigenen Reihen und handelt zudem weitgehend ohne jegliche demokratische Kontrolle. Wir sehen keinen anderen Weg, als die Verfassungsschutzbehörden deshalb in ihrer jetzigen Form vollständig aufzulösen. Dafür müsste eine neue Behörde unabhängig von der Polizei aufgebaut werden, welche gegen Hassverbrechen und religiösen Fundamentalismus arbeitet, Aufklärungsarbeit leistet, öffentlich Recherchen über die Aktivitäten der politischen Akteure liefert, Vorschläge zu deren Bekämpfung macht und von einem unabhängigen, zivilen Ausschuss ohne ehemalige Polizeibeamte kontrolliert wird.

## **4.3 Ein Feminismus für ALLE**

Feminismus für alle heißt für uns, dass wir für möglichst alle Frauen mit politischen Maßnahmen eine soziale und ökonomische Verbesserung erreichen wollen, anstatt auf Lifestyle, reine Identitätspolitik oder wenige privilegierte Frauen abzielen. Frauenarmut im Saarland konsequent den Kampf ansagen, bedeutet Frauen- und Mädchenhäuser und den Frauennotruf ausbauen und finanziell abzusichern, ein saarländisches Entgeltgleichheitsgesetz einführen, Berufseinstiege für Mütter durch Wiedereinstiegsprogramme zu fördern, Kinderbetreuung kostenfrei zu machen, Ausstiegsprogramme für Prostituierte zu fördern und Alleinerziehende stärker staatlich zu unterstützen. Diese Maßnahmen sind überfällig! Außerdem soll das Saarland politisch die Initiative ergreifen und einen Landes-Mindestlohn von 15 Euro für den Bereich der Care-Arbeit einführen, in welchem vor allem Frauen arbeiten. Kostenlose und legale Schwangerschaftsabbrüche müssen endlich her, das Saarland soll sich deshalb konsequent für die Abschaffung der Paragraphen 218 und 219a einsetzen. Unabhängige und nicht-kirchliche Beratungsstellen wie die pro familia sollen verstärkt gefördert werden und das Thema Schwangerschaftsabbruch verpflichtend im Medizinstudium behandelt werden. Feminismus heißt auch ganz klar Sexismus und LGBTQ-Feindlichkeit konsequent zu bekämpfen! Aufklärungsprogramme, Proteste, Institutionen und Initiativen, die dafür streiten, sind zu fördern. Sexistische und Bordell-Werbung im Saarland sind endlich zu verbieten.

## **5. Ein Recht auf gute Freizeit für ALLE**

### **5.1 Das Recht auf Rausch für ALLE**

Für uns gilt: Legalize it! Längst ist die gesellschaftliche Mehrheit für die Legalisierung von Cannabis. Cannabis ist weniger schädlich als Alkohol und wird auch vielfach für medizinische Zwecke eingesetzt und ist längst als Rauschmittel etabliert. Gleichzeitig belastet die Strafverfolgung von Cannabis-Konsument:innen massiv die Behörden. Wir können das

Saarland als Modellbundesland für die Legalisierung von Cannabis ab 2023 einsetzen. Wir fordern im Bezug auf Drogen auch einen Safer Use für alle: Die Einrichtung von öffentlich geförderten Drug- Checking-Points zum Gesundheitsschutz für Konsument:innen soll realisiert werden, um Gesundheitsschäden durch den Konsum vorzubeugen. Auch wissenschaftlich fundierte Programme zur Prävention und zur Betreuung von Suchtkranken sind auszuweiten. Wir fordern ebenso: Kein Knast mehr für Konsument:innen! Gönning ist kein Verbrechen. Das Saarland soll sich mittelfristig für eine umfassende Entkriminalisierung aller Drogenmengen, die nicht eindeutig für den Handel bestimmt sind, nach portugiesischem Modell einsetzen.

## **5.2 Freizeit und Kultur für ALLE**

Heute ins Freibad, morgen ins Kino und übermorgen in den Zoo und das ohne fette Eintrittsgelder zu blechen? Das geht. Um den Zugang zu öffentlichen und auch privaten Kultur- und Freizeiteinrichtungen für alle jungen Menschen zu gewährleisten, wollen wir die Einführung einer saarlandweiten, umlagefinanzierten Kulturflatrate. Alle öffentlichen Institutionen würden daran automatisch teilnehmen, private könnten im Gegenzug zu einer Teilhabe am umlagefinanzierten Fördertopf ebenfalls mitmachen. Damit würden wir zudem unsere Freizeit- und Kulturinstitutionen viel krisenfester gestalten, da sie langfristige Planungssicherheit erhalten. Kultur bedeutet für uns außerdem natürlich nicht nur Oper und Ballett: Die Jugendkulturen müssen akzeptiert und mehr gefördert werden. Selbstverwaltete Jugendzentren sind auszubauen und finanziell abzusichern, frei nutzbare Sportplätze und Skateparks gehören ebenfalls dazu und die teilweise völlig überzogenen Repressionen von Städte- und Gemeindeverwaltungen gegen Cornern, sowie nicht legales Graffiti-Sprayen und Stickern können wir uns sparen. Dem Mangel von Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche in ländlichen Regionen ist tatkräftig entgegenzutreten, damit auch die Jugend auf dem Land sich nach ihren Bedürfnissen und eigenen Vorstellungen ausleben und entfalten kann.

## **5.3 Schnelles, sicheres Internet für ALLE**

Das Saarland soll allen Einwohner:innen ein Recht auf ein schnelles und funktionierendes Internet gewährleisten. Da die Teilnahme am Arbeitsmarkt und dem öffentlichen Leben ohne Internetzugang kaum mehr möglich ist, sollten alle einen solchen auch kostenlos erhalten. Die Städte und Gemeinden sollen ihre freien Wlan- Zonen auf ihr gesamtes Ortsgebiet erweitern, der Glasfaserausbau ist verstärkt voranzutreiben und die schnelle und sichere Digitalisierung aller öffentlichen Institutionen muss endlich gewährleistet sein. Für die User selbst muss wiederum gelten, dass man die Bürgerrechte nicht am Bildschirm abgibt: Wir lehnen eine Einschränkung der Netzneutralität für staatliche und kommerzielle Zwecke ab, verlangen die Rücknahme der Vorratsdatenspeicherung, ein Verbot von Bundestrojanern und fordern eine deutlich stärkere Regulierung der Kommerzialisierung von Nutzerdaten durch Konzerne. Hierzu ist ein Ausbau des „Unabhängigen Datenschutzzentrums Saarland“ hinsichtlich der personellen Ressourcen, Befugnissen und Unabhängigkeit von Politik eine mögliche Lösung.